Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Gewährung von ergänzender Lernförderung in Thüringen

Leistungen zur Bildung und Teilhabe werden nach § 28 Zweites Buch Sozialgesetzbuch und § 34 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch gewährt und umfassen ein- und mehrtägige Schul- und Kitaausflüge, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, die Übernahme von Kosten der Schülerbeförderung, des Mittagessens sowie ergänzende Lernförderung. Pandemiebedingt ist zu erwarten, dass aufgrund zunehmender Lernrückstände insbesondere die ergänzenden Lernförderungen an Bedeutung gewinnen werden. Uns liegen jedoch Berichte aus unterschiedlichen Kommunen vor, dass es zunehmend Schwierigkeiten bei der Beantragung und Gewährung von ergänzender Lernförderung gibt.

Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat die **Kleine Anfrage 7/1770** vom 25. Februar 2021 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. April 2021 beantwortet:

1. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, aufgliedert nach Landkreis/kreisfreier Stadt und Jahr, haben in den vergangenen vier Jahren Leistungen zur ergänzenden Lernförderung im Rahmen der Leistungen zur Bildung und Teilhabe erhalten?

Antwort:

Die Zuständigkeit zur Erstellung einer amtlichen Statistik für die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II liegt bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die BA veröffentlicht monatlich eine Statistik zu "Bildung und Teilhabe - Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise". Im Internet kann die monatliche Veröffentlichung der BA eingesehen werden.* Die aktuell letzte Veröffentlichung erfolgte für den Berichtsmonat November 2020. Unter den "Methodischen Hinweisen - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) - Bildung und Teilhabe" hat die BA weitere Erläuterungen zur Statistik dargelegt.

Für den Bereich des SGB XII wird auf die als Anlage beigefügten Daten des Thüringer Landesamts für Statistik verwiesen. Leistungsberechtigte nach dem 3. beziehungsweise 4. Kapitel SGB XII sind nicht erwerbsfähig und erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt beziehungsweise Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Leistungen für Bildung und Teilhabe kommen für beide Leistungsarten grundsätzlich in Betracht; für Empfänger von Grundsicherungsleistungen jedoch nur mit Ausnahme von § 34 Abs. 7 SGB XII (vgl. § 42 Nr. 3 SGB XII).

In Bezug auf die vorgenannten Personenkreise im Rechtskreis SGB XII sind die Fallzahlen schon deshalb gering, weil die meisten Anspruchsberechtigten Personen im Rentenalter oder erwerbsgeminderte Menschen sind, die nur ausnahmsweise mit schulpflichtigen Kindern beziehungsweise Jugendlichen in einer Haushaltsgemeinschaft zusammenleben.

Zu berücksichtigen ist außerdem grundsätzlich, dass die Inanspruchnahme von ergänzender außerschulischer Lernförderung im Vergleich zu anderen Bildungs- und Teilhabeleistungen differenziert zu bewerten

ist. Die ergänzende außerschulische Lernförderung im Rahmen der Bildungs- und Teilhabeleistungen ist eine nachrangige Leistung gegenüber schulischen Angeboten. Erst wenn schulseitig alle Möglichkeiten der Unterstützung zur Erreichung wesentlicher Lernziele ausgeschöpft sind, kommt ergänzende außerschulische Lernförderung in Betracht. Die Regelung nach § 28 Abs. 5 SGB II beziehungsweise § 34 Abs. 5 SGB XII enthält wichtige Vorgaben zur Einordnung der Lernförderung als subsidiär zur schulischen Verantwortung im Rahmen der schulrechtlichen Regelungen des jeweiligen Landes. Die gesetzlichen Vorgaben sind im Rahmen der Entscheidung über die Gewährung ergänzender außerschulischer Lernförderung von den kommunalen Leistungsträgern nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII zu beachten.

2. Welche Bewilligungszeiträume werden für Leistungen zur ergänzenden Lernförderung grundsätzlich vorgesehen und ist beabsichtigt, pandemiebedingt darüber nachzudenken, ob es hier Anpassungen braucht?

Antwort:

Nach § 28 Abs. 5 Satz 1 SGB II beziehungsweise § 34 Abs. 5 Satz 1 SGB XII wird eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen wesentlichen Lernziele zu erreichen. Demnach ist eine Bewertung im Einzelfall vorzunehmen und auch die Entscheidung über die Leistungsgewährung daran auszurichten.

3. Inwieweit werden bei der Bewilligung von ergänzender Lernförderung die jeweiligen Bewilligungszeiträume an die Gültigkeit von vorhandenen Sozialausweisen gebunden und wenn ja, wie wird dies begründet?
4. Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Anträge für Leistungen zur ergänzenden Lernförderung zügig bearbeitet werden, sodass die Leistungen auch zeitnah in Anspruch genommen werden können?
5. Inwieweit und wo (aufgegliedert nach Landkreis/kreisfreier Stadt) kam es während der Corona-Pandemie zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen für Leistungen zur ergänzenden Lernförderung?
6. Durch welche Maßnahmen wird seitens der bewilligenden Behörde sichergestellt, dass die von den Nachhilfe- und Nachmittagschulen gestellten Rechnungen zeitnah beglichen werden?
7. Inwieweit und wo (aufgegliedert nach Landkreis/kreisfreier Stadt) kam es während der Corona-Pandemie zu Verzögerungen bei Begleichung von Rechnungen für geleistete ergänzende Lernförderung?
8. Wo und in welcher Form sowie Sprache werden Informationen über die Möglichkeiten der Beantragung und Gewährung von Leistungen zur Bildung und Teilhabe zur Verfügung gestellt?

Antwort zu den Fragen 3 bis 8:

Die Aufgabe der außerschulischen Lernförderung im Rahmen der Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II und SGB XII wird von den Landkreisen und kreisfreien Städten im eigenen Wirkungskreis wahrgenommen. Sie unterfällt damit der kommunalen Selbstverwaltungshoheit der kommunalen Träger. Das Land übt die Rechtaufsicht in diesem Bereich aus und verfügt gegenüber den kommunalen Trägern nicht über fachaufsichtliche Befugnisse.

Die Fragen 3 bis 8 betreffen die Art und Weise und insbesondere die Organisation der Umsetzung der Leistungserbringung, mithin die eigenständig auf örtlicher Ebene zu regelnden Angelegenheiten. Repräsentative Erkenntnisse liegen dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie daher hierzu nicht vor.

Werner
Ministerin

Endnote:

- * https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&topic_f=but-but

Empfängerinnen und Empfänger von Lernförderung nach dem 3. Kapitel SGB XII nach Kreisen und kreisfreien Städten für die Berichtsjahre 2017 bis 2020

Berichtsjahr 2017 ¹⁾			Berichtsjahr 2018 ¹⁾			Berichtsjahr 2019 ¹⁾			Berichtsjahr 2020 ^{1,2)}		
Kreis-ID	Sitz des Trägers	Anzahl der Personen	Kreis-ID	Sitz des Trägers	Anzahl der Personen	Kreis-ID	Sitz des Trägers	Anzahl der Personen	Kreis-ID	Sitz des Trägers	Anzahl der Personen
Thüringen		33	Thüringen		33	Thüringen		45	Thüringen		25
51	Erfurt, Stadt	13	51	Erfurt, Stadt	10	51	Erfurt, Stadt	14	51	Erfurt, Stadt	5
52	Gera, Stadt	-	52	Gera, Stadt	-	52	Gera, Stadt	-	52	Gera, Stadt	-
53	Jena, Stadt	-	53	Jena, Stadt	-	53	Jena, Stadt	-	53	Jena, Stadt	-
54	Suhl, Stadt	-	54	Suhl, Stadt	-	54	Suhl, Stadt	-	54	Suhl, Stadt	-
55	Weimar, Stadt	-	55	Weimar, Stadt	-	55	Weimar, Stadt	-	55	Weimar, Stadt	-
56	Eisenach, Stadt	-	56	Eisenach, Stadt	-	56	Eisenach, Stadt	-	56	Eisenach, Stadt	-
61	Eichsfeld	-	61	Eichsfeld	-	61	Eichsfeld	-	61	Eichsfeld	-
62	Nordhausen	-	62	Nordhausen	-	62	Nordhausen	-	62	Nordhausen	-
63	Wartburgkreis	-	63	Wartburgkreis	-	63	Wartburgkreis	-	63	Wartburgkreis	-
64	Unstrut-Hainich-Kreis	8	64	Unstrut-Hainich-Kreis	7	64	Unstrut-Hainich-Kreis	-	64	Unstrut-Hainich-Kreis	-
65	Kyffhäuserkreis	8	65	Kyffhäuserkreis	5	65	Kyffhäuserkreis	11	65	Kyffhäuserkreis	5
66	Schmalkalden-Meiningen	-	66	Schmalkalden-Meiningen	-	66	Schmalkalden-Meiningen	-	66	Schmalkalden-Meiningen	-
67	Gotha	-	67	Gotha	-	67	Gotha	-	67	Gotha	-
68	Sömmerda	-	68	Sömmerda	-	68	Sömmerda	-	68	Sömmerda	-
69	Hildburghausen	-	69	Hildburghausen	-	69	Hildburghausen	-	69	Hildburghausen	-
70	Ilm-Kreis	-	70	Ilm-Kreis	5	70	Ilm-Kreis	6	70	Ilm-Kreis	5
71	Weimarer Land	-	71	Weimarer Land	-	71	Weimarer Land	3	71	Weimarer Land	-
72	Sonneberg	-	72	Sonneberg	-	72	Sonneberg	-	72	Sonneberg	-
73	Saalfeld-Rudolstadt	-	73	Saalfeld-Rudolstadt	-	73	Saalfeld-Rudolstadt	3	73	Saalfeld-Rudolstadt	-
74	Saale-Holzland-Kreis	-	74	Saale-Holzland-Kreis	-	74	Saale-Holzland-Kreis	3	74	Saale-Holzland-Kreis	-
75	Saale-Orla-Kreis	-	75	Saale-Orla-Kreis	-	75	Saale-Orla-Kreis	-	75	Saale-Orla-Kreis	-
76	Greiz	-	76	Greiz	-	76	Greiz	-	76	Greiz	5
77	Altenburger Land	-	77	Altenburger Land	-	77	Altenburger Land	-	77	Altenburger Land	-

1) Mehrfachzählungen aufgrund der quartalsweisen Erhebung möglich

2) Ab dem 1. Berichtsjahr 2020 erfolgt die Veröffentlichung der Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem 3. Kapitel SGB XII unter Einsatz des Geheimhaltungsverfahrens der 5er-Rundung. Bei der 5er-Rundung werden alle absoluten Werte einer Tabelle mit Empfängerzahlen auf den nächsten durch 5 teilbaren Wert auf- oder abgerundet. Die maximale Abweichung zu den jeweiligen Originalwerten beträgt dadurch für jeden Wert höchstens 2.

. Zahlenwert ist geheimzuhalten